

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Brief von Sozialministerin Emilia Müller sorgt derzeit für Unruhe in den Kommunen. Müller hatte an die kommunalen Spitzenverbände geschrieben und diese aufgefordert, **Wohnraum** zu schaffen, damit **anerkannte Asylbewerber** aus den staatlichen Unterkünften ausziehen können.

Nach Schätzungen des Ministeriums gibt es derzeit bayernweit rund 33.000 sogenannte Fehlbeleger, Tendenz steigend bis 70.000 zum Jahresende. Bislang werden diese Menschen vom Freistaat in den Unterkünften geduldet, weil sie sich schwertun, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Bleibe zu finden. Müller betont in ihrem Schreiben, dass das eine freiwillige Unterstützung des Freistaats sei, keine Dauerlösung sein könne und dies eine Aufgabe der Gemeinden sein soll. Hiermit werden aber diejenigen bestraft, die bisher fleißig Asylbewerber aufgenommen haben.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir das nicht einfach so hinnehmen. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung daher auf, für anerkannte Asylsuchende weiterhin die Verantwortung zu übernehmen. Wir sehen den Staat in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass die „Fehlbeleger“ und ihre Familien nicht in Obdachlosigkeit geraten und die Unterbringung der Menschen auf einem angespannten Wohnungsmarkt nicht ausschließlich zulasten der Kommunen geht. Dazu haben wir einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht.



Ihr Joachim Hanisch
Kommunalpolitischer Sprecher

R ü c k b l i c k

Erfolg für unsere Politik und vor allem für den Opferschutz: Unser Antrag, mit dem wir die Staatsregierung dazu auffordern, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den **Missbrauch von K.-o.-Tropfen** zu verhindern, fand eine Mehrheit im Gesundheitsausschuss. Jedes Jahr werden einer Vielzahl von Frauen und Männern, ohne deren Wissen und Einverständnis, K.-o.-Tropfen verabreicht, um sie handlungsunfähig und willenlos zu machen. Das erleichtert den Tätern Straftaten wie Vergewaltigungen und Raub. Eine der als K.-o.-Tropfen bekannten Substanzen ist GBL. Der Nachweis der Substanz im Körper ist schwierig und bereits nach kurzer Zeit kaum noch möglich, was die Beweisführung und die statistische Erfassung des Missbrauchs dieser K.-o.-Tropfen erheblich erschwert. Derzeit ist das nahezu geruchs- und geschmacklose GBL freiverkäuflich. Wir haben nun erfolgreich gefordert, dass GBL nur in vergällter Form in Umlauf gebracht werden darf. Dann ist es als Substanz für K.-o.-Tropfen unbrauchbar, weil die Opfer merken, wenn ihnen etwas ins Getränk gemischt wurde.

Ein Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung hat alarmierende Ergebnisse zutage gebracht. Demnach sind antisemitische Einstellungen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft noch immer in erheblichem Umfang und in unterschiedlichen inhaltlichen Ausprägungen anzutreffen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns mit einem Antrag im Landtag dafür ein, **Antisemitismus auf allen Ebenen entschieden zu bekämpfen**. Angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands gilt es, sich gegen jede Form von Judenfeindlichkeit zu wehren. Wir wollen dem u.a. mit gezielter Bildungsarbeit entgegenwirken. In allen weiterführenden Schularten mit Ausnahme der Förderschulen muss deshalb ein verpflichtender Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums eingeführt werden – inklusive entsprechender Vor- und Nachbereitung. Auch in Integrationskursen müssen antisemitische Einstellungen zu einem zentralen Thema gemacht werden. Denn viele Flüchtlinge kommen aus Staaten, in denen Juden Hass und Israelfeindlichkeit vorherrschen. Daher ist es hier besonders wichtig, die Schrecken des Holocaust und die historischen Lehren Deutschlands aus der NS-Zeit aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass die Souveränität Israels ein Teil

der deutschen Staatsräson ist.

Hat der **Brexit auch Auswirkungen für die deutschen Steuerzahler?** Wir befürchten es und wollen gegensteuern. Denn Anfang April kündigte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger neben möglichen Einsparungen auch höhere EU-Mitgliedsbeiträge an, um den Ausfall von rund 11,5 Milliarden Euro auszugleichen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir deshalb die Staatsregierung aufgefordert, sich gegen höhere EU-Mitgliedsbeiträge infolge des Brexit auf Bundes- und Europaebene einzusetzen. Die CSU lehnte unseren Lösungsvorschlag allerdings ab und machte sich damit zum Wegbereiter für noch größere Zahlungen Deutschlands in die EU-Töpfe. Konkret haben wir anstelle von Beitragserhöhungen zunächst Einsparungen im EU-Haushalt gefordert. Außerdem halten wir es für erforderlich, dass ein möglicher künftiger Zugang Großbritanniens zum europäischen Binnenmarkt teuer erkaufte werden muss. Wir schlagen das sogenannte „Norwegen-Modell“ vor, das Großbritannien weiterhin finanziell stark beteiligen würde und die geringsten Einbußen für Europa mit sich brächte: Wenn Großbritannien – wie Norwegen – Teil des europäischen Wirtschaftsraums wird, müsste der Inselstaat wahrscheinlich über 80 Prozent der bisherigen EU-Beiträge zahlen. Das muss im Sinne der bayerischen Steuerzahler unsere Verhandlungslinie gegenüber London werden, wenn es nach dem Austritt um eine Neugestaltung der Zusammenarbeit geht.

Der **Ab-Hof-Verkauf von Milch** durch sogenannte **Milchtankstellen** erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit. So entsteht eine Win-Win-Situation für beide Seiten: Der Verbraucher freut sich über ein hochwertiges Produkt, dessen Herkunft er genau kennt, und die Landwirte erhalten wieder einen kostendeckenden Preis. Nun aber bekommen viele Bauern unerwünschte Post von den Eichämtern. Sie sollen Messgeräte installieren und für jeden Liter Milch Kassenbelege ausgeben. Das wäre das Aus für viele der beliebten Zapfanlagen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir daher einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem wir von der Staatsregierung fordern, sich auf Bundesebene für eine Ausnahmeregelung starkzumachen und Milchtankstellen von der Mess- und Eichverordnung auszunehmen.

Mit den am Donnerstag im Wirtschaftsausschuss des Landtags getroffenen Aussagen von Minister Söder zum **fortschreitenden Flächenverbrauch in Bayern** sind wir unzufrieden. Wir FREIE WÄHLER vermissen ein klares

Konzept, wie die Flächeninanspruchnahme künftig begrenzt werden kann. Ziel muss es sein, leer stehende Ortskerne zu reaktivieren, bevor neue Baugebiete auf der grünen Wiese entstehen. Außerdem müssen wir brachliegende Betriebsgelände wieder nutzbar machen, bevor wir neue Gewerbegebiete in die Landschaft pflanzen. Die völlige Ideenlosigkeit der Staatsregierung ist erschreckend. Ihrer Vorstellung zufolge sollen fortan rund die Hälfte der mehr als 2.000 Kommunen in Bayern ‚Zentrale Orte‘ sein. Diese inflationäre Entwicklung beim Zentrale-Orte-System entwertet das ganze System. Genauso ist es ein Armutszeugnis, wenn für Minister Söder heute halb Bayern ‚Raum mit besonderem Handlungsbedarf‘ ist. Schon werden Überlegungen laut, eine neue Förderklasse für noch bedürftigere Gebiete einzuführen. Wir fordern Minister Söder auf, den ländlichen Raum stark zu machen anstatt ihn ständig schwach zu reden. Punktuelle Hilfe statt Gießkanne, Eigenverantwortung statt Bevormundung – das müssen die Leit-motive der Landesentwicklungspolitik der Zukunft sein.

V o r s c h a u

Diesen Freitag (12. Mai 2017) findet im Senatssaal des Bayerischen Landtags unser Parlamentarischer Abend „Bayerischer Alpenraum 2030 - Neue Wege in zeitloser Schönheit“ statt. Darin beschäftigen wir uns mit Klimawandel, Elektromobilität und Denkmalschutz in einer der schönsten Regionen Bayerns. Wir freuen uns auf interessante Gesprächspartner und spannende Diskussionen.

Impressum

Joachim Hanisch
Hintere Marktstr. 13
92436 Bruck i. d. OPf.
Tel.: 09434/901513
joachim.hanisch@fw-landtag.de